



Prof. Dr. Gert G. Wagner ist Vorstandsvorsitzender des DIW Berlin und sachverständiges Mitglied der Enquete Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“

Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Jenseits des Bruttoinlandsprodukts werden auch Institutionen gebraucht

Ende August hat der vom Kanzleramt organisierte „Zukunftsdialog“ seine Ergebnisse vorgelegt. Beteiligt waren über 100 Expertinnen und Experten und – via Bürgerdialog – gewissermaßen das ganze Volk. Man kann sich sicherlich darüber streiten, ob es angemessen ist, wenn nur das Kanzleramt und nicht die Regierung insgesamt einen solchen Blick in die Zukunft organisiert. Aber die eine oder andere neue Idee wurde durch den Zukunftsdialog entdeckt oder sogar auf die politische Agenda gehoben. Und immerhin wird jetzt die Kanzlerin mit den im Einzelnen betroffenen Ministerinnen und Ministern reden. Was an größeren Vorhaben umgesetzt werden wird, wird sich dann sicherlich erst in den Koalitionsverhandlungen nach der nächsten Bundestagswahl herausstellen.

Im Einzelnen kann man sich über einzelne Empfehlungen der Experten und der Bürger sicherlich trefflich streiten. So etwa über das heftig umstrittene Familiensplitting bei der Einkommensteuer. Es gibt aber auch strukturelle Anregungen und Vorschläge. Und die meisten der 24 Expertenvorschläge, die jetzt vom Kanzleramt näher geprüft werden, sind in der Tat Vorschläge zur Veränderung oder Schaffung von Institutionen. Auch die aktuelle Debatte um statistische Indikatoren jenseits des Bruttoinlandsprodukts wird mit interessanten Vorschlägen bereichert.

Es ist inzwischen nahezu ein Allgemeinplatz, dass Wohlstand und Fortschritt nicht mehr allein über die Messgröße Bruttoinlandsprodukt gesteuert werden können. Deswegen hat der Deutsche Bundestag Ende 2010 die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ eingesetzt, die unter anderem Messgrößen „jenseits des BIP“ entwickeln soll. Nach intensiven Diskussionen innerhalb dieser Kommission besteht weitgehend Konsens darüber, dass es nicht einen einzigen Indikator als Alternative zum Bruttoinlandsprodukt geben sollte. Denn dazu gibt es in der Gesellschaft und in der Politik zu viele konkurrierende Ziele. Man kann diese nicht vernünftig

auf einen Nenner bringen. Beachtenswert ist nun, dass auch die Experten des Zukunftsdialogs keinen neuen Indikator als Alternative zum Bruttoinlandsprodukt vorschlagen, sondern mehrheitlich einen Sachverständigenrat für Wohlstand und Lebensqualität. Ein solcher Rat soll das bislang vom Sachverständigenrat für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, den Wirtschafts-Weisen, vernachlässigte Thema Lebensqualität dauerhaft auf die politische Agenda setzen.

In der Tat: Will man mit Hilfe statistischer Indikatoren, die über das Bruttoinlandsprodukt hinausweisen, etwa zu Lebensqualität und ökologischer Nachhaltigkeit, Politik gestalten, kommt es nicht nur auf die sachliche Aussagekraft der Indikatoren an. Mindestens ebenso bedeutsam ist die Governance neuer Indikatoren, die nicht nur deren statistische Korrektheit, sondern vor allem auch deren politische Relevanz herstellen muss. Es ist naiv zu glauben, dass neuartige Indikatoren an sich wirkmächtig werden. Daher ist ein neuer Sachverständigenrat sinnvoll.

Ein solcher Rat sollte einen regelmäßigen Indikatoren-Bericht mit Handlungsempfehlungen erstellen und damit Bundesregierung, Parlament und Öffentlichkeit über Veränderungen und Fortschritte, unter Umständen auch über bessere Indikatoren, informieren. Neben Fragen der Lebensqualität sollte er unbedingt auch Fragen der Nachhaltigkeit einbeziehen.

Der neue Rat muss völlig unabhängig vom Sachverständigenrat für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sein. Denn nur öffentlicher Streit stellt Relevanz her und macht klar, dass Politik keineswegs eine technokratische Angelegenheit sein darf, bei der am besten Wissenschaftler die notwendigen Entscheidungen treffen. Der Diskurs zweier Sachverständigenräte macht deutlich, dass es in der Tat Zielkonflikte zwischen Wachstum und Nachhaltigkeit gibt, die nicht verschleiert werden dürfen.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
79. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Dr. Martin Gornig
Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Nicole Walter

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Prof. Dr. Alexander Kritikos

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
Nicole Walter
Tel. +49-30-89789-250
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.